

Herr Liene stellt fest, dass man personell zurzeit unter dem Bedarf liege. Herr Derscheid verweist auf die Ausführungen in der Vorlage und zitiert die Empfehlung des Landschaftsverbandes Rheinland zur Personalausstattung von 1,0 Stellen für 15.000 Einwohner. Dies sei eine Empfehlung, die Praxis werde zeigen, wie sich das auf Dauer darstelle. Ergänzend führt er aus, dass zurzeit eine Vollzeitstelle ausgewiesen sei, die aufgrund persönlicher Gründe jedoch zurzeit nicht voll ausgefüllt werde.

Herr Liene verweist auf das aufzuarbeitende Volumen und hält eine Unterstützung für zielführend und notwendig.

Herr M. Derscheid ergänzt dies und stellt fest, dass Handlungsbedarf bestehe. Er schildert detailliert die Gründe für das Vorhaben und stellt wesentliche Inhalte der Beschlussvorlage heraus. U.a. verweist er auf verbesserte Möglichkeiten in Bezug auf die Beantragung von Fördermitteln. Die Führung des Archivs sei eine Pflichtaufgabe. Verschiedene Beispiele, z.B. der gemeinsame Umweltbeauftragte mit der Gemeinde Much, verdeutlichen, dass interkommunale Zusammenarbeit durchaus gut funktioniere. Man müsse Erfahrungen sammeln. Funktioniere dies nicht, habe man mit einem Jahr eine relativ kurze Ausstiegsfrist. Zudem müsse man die Chance nutzen, jetzt dem Verbund beizutreten. Andere Beispiele hätten gezeigt, dass durch zu langes Zögern der Einstieg in interkommunale Projekte nicht mehr möglich war. Deshalb bestehe jetzt Handlungsbedarf.

Auf Frage von Frau Miethke erklärt Herr M. Derscheid, dass beispielsweise der Landschaftsverband oder die KfW als mögliche Fördergeber infrage kommen. Auf spätere Nachfrage von Herrn Mittermeier erklärt Herr M. Derscheid, dass die viele Jahre zurückliegende Fördermaßnahmen bezüglich Personalkostenzuschuss und Aufbau/Belüftung des Archiv-Regal-Systems hierdurch nicht berührt würden.

Herr Jüdes sieht zwar einen langfristigen Effekt, einen kurzfristigen könne er aber nicht erkennen.

Herr M. Derscheid sieht eher auch einen langfristigen Effekt in Bezug auf die strukturelle und personelle Situation, Allerdings müsse man jetzt auf diesen Zug aufspringen, da ansonsten hierzu ggf. die Chance nicht mehr bestehe. Denke man an eine Verlagerung des Archivs, profitiere man ggf. schon früher von der einer beratenden Fachkraft in Bezug auf das Arbeiten nach einheitlichen Standards. Berücksichtige man die anstehenden Baumaßnahmen, seien kurz- bzw. mittelfristige Maßnahmen durchaus denkbar.

Herr Mittermeier verweist auf die Eigenschaft der Pflichtaufgabe. In dem Zusammenhang vermisse er eine Darstellung der Kosten. Er könne den angeblichen Mehrwert für die Gemeinde Eitorf nicht nachvollziehen.

Herr M. Derscheid verweist auf die zurzeit bestehenden Personalkosten, an denen sich nichts ändere. Dies seien sog. „Sowieso-Kosten“, die erhalten blieben. Ergänzend verweist er auf die Kostenaufstellung in der Vorlage. Diese würden zunächst aber nicht in dieser Größenordnung entstehen, da erst andere Kommunen mit deutlich geringerem Standard betreut würden.

Frau Faßbender und Frau Miethke hinterfragen den Anteil der teilnehmenden Kommunen.

Herr M. Derscheid erklärt, dass die Kommunen sich zurzeit in der Entscheidungsphase befinden und in der Regel mit dem Beitritt auch keine Probleme hätten, da es sich um eine Pflichtaufgabe handelt. Lediglich eine Gemeinde sehe dies kritisch. Deshalb sei die Kostentabelle in der Vorlage auch in zwei Versionen (7 und 6 Kommunen) dargestellt. Einige Kommunen hätten bisher mit ehrenamtlichen Kräften gearbeitet, die inzwischen aber weggebrochen seien. Dort bestehe dringender Handlungsbedarf. Er sehe den Mehrwert perspektivisch für die Gemeinde Eitorf durchaus.

Anmerkung der Verwaltung:

*Teilweise haben die Gremien einstimmig zugestimmt, teilweise stehen die Entscheidungen in diesen Tagen an. Über den genauen Stand wird im Rat berichtet.*

Frau Zorlu fragt nach dem Nutzen hier vor Ort. Sie schlägt vor, nach einem Jahr zu prüfen, wie sich der Verbund konkret, beispielsweise in Bezug auf praktische Abläufe und Fortbildungsangebote, für Eitorf auswirke und im Hauptausschuss zu berichten.

Der Bürgermeister verweist auf die Einstiegsphase und schlägt vor, den „Versuchszeitraum“ eher auf mindestens zwei Jahre auszudehnen. Jetzt gelte es, die Chance des Beitritts zu nutzen. Man werde dann nach zwei Jahren die Situation bewerten.

Herr M. Derscheid verweist auf eine Mail von Herrn Dr. Gregor Patt, zuständig seit kurzem beim Landschaftsverband für die Archivarbeit. Bei ihm könnten Beratungsleistungen abgefragt werden. Er würde auch nach entsprechender Absprache in einem gemeindlichen Gremium Stellung nehmen und die Arbeit des LVR in dieser Richtung vorstellen. Der LVR berate rund 500 nichtstaatliche Archive im Rheinland. Ziel sei, so das Zitat aus der Mail, sei eine möglichst angemessene, sachliche, personelle und finanzielle Grundausstattung zu verschaffen. Durch ein vielfältiges Beratungs- und Fortbildungsangebot, ausgewählte technische Dienstleistungen im Bereich der Bestandserhaltung sowie finanzielle Förderung soll den nichtstaatlichen Archiven ermöglicht werden, nach dem in der Archivistik anerkannten Standards und Normen zu arbeiten. Diese, so Herr M. Derscheid, habe man noch nicht. Daher sei der vorgesehene Weg mit einer zusätzlichen Fachkraft der richtige. Die Kommunen im östlichen Rhein-Sieg-Kreis hinkten in dem Bereich hinterher.

Der Bürgermeister stellt fest, dass Herr Dr. Patt den vorgesehenen Weg sehr positiv sehe.

Herr Müller geht auf die genannte Zweijahresfrist und die Aussage ein, dass zunächst keine zusätzlichen Kosten entstünden. Da schwerpunktmäßig erst andere Kommunen am Zuge seien, wäre es schwierig nach diesem Zeitpunkt bereits Erfahrungen zu haben.

Der Bürgermeister versteht das Konstrukt so, dass zunächst zwar andere Kommunen den Schwerpunkt bilden, aber im Bedarfsfalle die Fachkraft einsatzabhängig bezahlt wird.

Frau Miethke spricht die einheitlichen Standards der Aktenarchivierung an und zweifelt an, ob bei der Gemeinde Eitorf nach diesen Standards gearbeitet wird. Sie könne nachvollziehen, dass es sicher zwei Jahre dauert, bis die Kenntnisse über diese Standards vermittelt seien und danach gearbeitet werden könne. Auf Ihre Frage zu einem Vertragsdetail bestätigen der Bürgermeister und Herr M. Derscheid, dass die Gemeinde die Archivarbeit durch eigenes Personal unterstützen kann, unabhängig von der im Rahmen des Verbundes bereitgestellten Fachkraft. Dies Sorge, so der Bürgermeister, für größtmögliche Flexibilität.

Herr Mittermeier spricht den reduzierten Stundenanteil der Stelleninhaberin an und fragt, ob dieser wieder aufgestockt werden könne.

Herr M. Derscheid bestätigt, dass der Stundenanteil rechtlich jederzeit wieder hochgesetzt werden könne.

Herr Mittermeier verweist auf den Status der Pflichtaufgabe. Ihm sei unverständlich, wieso das Personal durch Schulungen nicht auf dem Stand sei, die Aufgabe pflichtgemäß zu erfüllen. Ihm gefalle das gesamte Konstrukt nicht und er verstehe nicht, wie man dies sich so einfach machen könne. Die BfE-Fraktion stimme dem Vorschlag keinesfalls zu.

Der Bürgermeister erklärt, dass man es sich einfach gemacht hätte, wenn man den Verbund nicht anstrebe. Er ruft zur Abstimmung auf.